



Änderungsantrag

der Abgeordneten **Ulrich Singer, Ferdinand Mang, Benjamin Nolte** und **Fraktion (AfD)**

**Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Sonderprogramm Sicherheitsinfrastruktur kommunaler Museen
und Sammlungen
(Kap. 15 05 neue TG)**

Der Landtag wolle beschließen:

Im Entwurf des Haushaltsplans 2026/2027 werden folgende Änderungen vorgenommen:

In Kap. 15 05 wird eine neue TG „Sonderprogramm Sicherheitsinfrastruktur kommunaler Museen und Sammlungen“ ausgebracht und mit jeweils 1.000,0 Tsd. Euro für die Jahre 2026 und 2027 ausgestattet.

Die Deckung erfolgt aus den in Kap. 03 13 Tit. 517 01 eingesparten Mitteln.

Begründung:

Kommunale und sonstige nichtstaatliche Museen und Sammlungen leisten in Bayern einen wesentlichen Beitrag zur regionalen Kulturpflege, zur historischen Bildung sowie zur Bewahrung des kulturellen Erbes. Sie verwahren vielfach wertvolle und teilweise einzigartige Sammlungsbestände, verfügen jedoch im Vergleich zu staatlichen Einrichtungen regelmäßig über begrenzte finanzielle und technische Ressourcen.

Gleichzeitig sind auch kommunale Museen zunehmenden Risiken ausgesetzt. Hierzu zählen Einbruch, Vandalismus und Diebstahl ebenso wie Cyberangriffe auf digitale Sammlungsdaten, Archivsysteme und Verwaltungsstrukturen. Der bestehende Haushaltsrahmen sieht zwar allgemeine Investitions- und Projektförderungen vor, jedoch keine gezielt ausgewiesene Förderung sicherheitsrelevanter Maßnahmen für kommunale Museen und Sammlungen.

Mit dem Sonderprogramm wird eine gezielte Fördermöglichkeit geschaffen, um Kommunen und andere Träger bei der Verbesserung der physischen und digitalen Sicherheitsinfrastruktur zu unterstützen. Gefördert werden sollen insbesondere Investitionen in Einbruchs-, Alarm- und Videosicherheit, Maßnahmen zur IT- und Cyber-Sicherheit sowie die Erstellung sicherheitstechnischer Konzepte.

Das Sonderprogramm trägt dazu bei, Kulturgut dauerhaft zu schützen, Schadensfälle zu vermeiden und die Leistungsfähigkeit kommunaler Museen nachhaltig zu sichern, ohne die grundsätzliche Zuständigkeit der Kommunen in Frage zu stellen.